

PRESSEINFORMATION

Potsdam, 15. Dezember 2023

Björn Lüttmann

Bund muss Nothilfen für Krankenhäuser bereitstellen

Zur heute stattfindenden Landtagsdebatte über die finanzielle Lage der Krankenhäuser in Brandenburg äußert sich Björn Lüttmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion:

„Die Krankenhauslandschaft in Deutschland und speziell in Brandenburg befindet sich in einer schwierigen Situation. Die Herausforderungen sind vielfältig, doch insbesondere die gesunkene Patientenzahl nach der Corona-Pandemie, inflationsbedingte Preisanstiege und ein veraltetes Fallpauschalensystem führen zu großen finanziellen Problemen bei den Kliniken.

In Brandenburg geraten vor allem die Betriebskosten einiger Krankenhäuser außer Kontrolle. Daher ist es von äußerster Dringlichkeit, dass der Bund, zuständig für die Betriebskosten, umgehend weitere Notfallhilfen gewährt. Über den Bundesrat haben die Länder fünf Milliarden Euro sowie erhöhte regelmäßige Vergütungen durch die Krankenkassen gefordert. Diese zusätzlichen Bundesmittel sind unerlässlich, um sicherzustellen, dass einige unserer Krankenhäuser die Zeit bis zu einer grundlegenden Krankenhausreform überstehen können. In diesem Zusammenhang hoffe ich darauf, dass im Rahmen der aktuellen Verhandlungen über ein Krankenhaus-Transparenzgesetz im Vermittlungsausschuss eine tragfähige Lösung gefunden wird.

Bei den Investitionskosten liegt die Verantwortung bei den Ländern, und Brandenburg ist hier bereits seit 2020 Vorreiter in Deutschland. Jährlich fließen über 200 Millionen Euro in diese Unterstützung, Geld, das den Krankenhäusern in Brandenburg während der Krisenjahre erheblich geholfen hat. Wir sind uns bewusst, dass wir auch in den kommenden Jahren in der Verantwortung stehen, ausreichende Finanzmittel bereitzustellen.“

Björn Lüttmann unterstreicht: "Es muss schnell gehandelt werden. Unsere Krankenhäuser brauchen dringend zusätzliche Unterstützung des Bundes, um diese schwierige Zeit zu überbrücken. Die laufenden Verhandlungen über das Krankenhaus-Transparenzgesetz bieten die Chance, eine kurzfristige Lösung zu finden und die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung zu sichern."

PRESSESTELLE

Katja Schneider
Pressesprecherin

E-Mail:
katja.schneider@spd-fraktion.brandenburg.de

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 966 1316
Mobil: 0173 / 584 3734

